

Zwischen künstlicher und demokratischer Intelligenz

Von Klaus Unterberger

Diesen Beitrag durch eine KI schreiben (lassen)? Tatsächlich wäre es möglich, ich habe es sogar probiert. Das Ergebnis war enttäuschend. Denn die künstliche Intelligenz von ChatGPT kennt mich (noch) zu wenig und kann daher Fragen nach meiner persönlichen Meinung (noch) nicht befriedigend beantworten. Dieses Experiment illustriert bereits, wie eine einzige transformative Herausforderung ein Medienunternehmen innerhalb kurzer Zeit verändern kann. Die gute Nachricht: Der ORF verfügt bereits über seine eigene KI, sein eigenes „ChatGPT“: Von einem Innovationsteam entwickelt, entwirft der „AIDitor“ Medieninhalte in Text, Ton und Bild aus den Beständen der ORF Medienproduktion. Damit werden journalistische Arbeit und entsprechende Qualitätskriterien nicht obsolet, ihre multimediale Verwertung jedoch enorm beschleunigt. Das Beispiel ist eines von vielen: Der ORF hat 2024 mit Nachdruck einen Innovationszyklus begonnen, der maßgebliche Veränderungen für alle Mitarbeiter:innen mit sich bringt.

Ausgangslage und Veränderungen

Eine schlechte Nachricht zuerst: Die Veränderungen, die durch digitale Technologien zustande kommen, stellen nicht nur faszinierende Transformationen, sondern vielmehr alarmierende Disruptionen dar. Sie zerstören die bestehende globale ökonomische Medienordnung ebenso wie die etablierte Mediennutzung: Ökonomisch nähert sich die Medienwelt einem neuen, globalen Feudalismus, in der einige wenige Datenkonzerne überwältigende Macht ausüben. Filterblasen, Fake News und Hate Speech sind nur einige der beobachtbaren Phänomene, die die Grundlagen demokratischer Gesellschaften, die nicht zuletzt auf öffentlicher Kontrolle der vermittelten Information beruhen, bedrohen.

Dass die Europäische Union mittlerweile – spät aber doch – nachteilende Regulierung anzuwenden versucht, ist daher dringend nötig, ändert jedoch nichts an der tatsächlichen Übermacht der Konzerne: Allein die zehn umsatzstärksten Unternehmen der US-Amerikanischen und chinesischen Digitalwelt sind mittlerweile 33 Mal größer als ALLE öffentlich-rechtlichen Medienanstalten der Welt. Auch ihnen bleibt, wie allen anderen



Dr. Klaus Unterberger ist Journalist im Österreichischen Rundfunk. Er leitet in der ORF Generaldirektion die Stabsstelle „Public Value“, die mit Maßnahmen zur Qualitätssicherung, der externen und internen Kommunikation sowie internationaler Kooperation zum öffentlich-rechtlichen Auftrag beauftragt ist. Foto: Pichlkostner/ORF

Die ab Anfang 2024 etablierte „Haushaltsabgabe“ sichert geräte- und technologieunabhängig die öffentliche Finanzierung.

traditionellen Medien, nur ein Ausweg in die Zukunft: Digitale Technologien selbst anzuwenden und den Kampf „David gegen Goliath“ aufzunehmen. Im ORF ist diese Dynamik bereits als umfassender Veränderungsprozess spürbar: Nach der Konzentration aller Medien – also TV, Radio und Online – an einem zentralen Produktionsstandort im ORF Zentrum, der Errichtung eines multimedialen Newsrooms und der Adaption der entsprechenden technischen und personalen Strukturen, hat der ORF nun mit der neuen Streamingplattform ORF ON an der digitalen Mediennutzung angedockt. Die ab Anfang 2024 etablierte „Haushaltsabgabe“ sichert geräte- und technologieunabhängig die öffentliche Finanzierung. Gleichzeitig erweitern neue Angebote, wie etwa das digitale Kinderprogramm ORF Kids, die Kulturseite TOPOS auf orf.at oder die Ausweitung des Online-Video-Angebotes das Produktportfolio des ORF.

Rechtliche Grenzen und emotionale Stimmung

Ganz entscheidend für diesen Transformationsprozess ist der rechtliche Rahmen. Hier gibt es viele Gemeinsamkeiten mit den Debatten in Deutschland: Das neue ORF-Gesetz bringt nicht nur mehr Möglichkeiten in der Medienproduktion, sondern zugleich auch umfangreiche Beschränkungen im Onlinebereich. Ab 2024 ist aufgrund der Forderungen der österreichischen Verleger das Textangebot auf dem Newsportal orf.at auf 350 Meldungen pro Woche begrenzt. Damit soll die „Zeitungsähnlichkeit“ verringert werden. Wie sinnvoll es ist im digitalen Universum von Informationen einem Medium numerische Beschränkungen seiner Nachrichten aufzuerlegen und welcher Mehrwert für Mediennutzer:innen dadurch entsteht, dass es als Gegenwert zur Haushaltsabgabe (50 Cent pro Tag und Haushalt) nun weniger Nachrichten auf orf.at gibt, ist erklärungsbedürftig. Offenkundig verlängert sich hier ein jahrzehntelanger und bemerkenswert anachronistischer Grabenkampf zwischen Zeitungsherausgebern und dem ORF, während hinter ihrem Rücken internationale Konzerne sowohl Werbeeinnahmen als auch Publikum abräumen.

Medienpolitik und wie sie verstanden wird, stellt eine weitere aktuelle Herausforderung für den ORF dar: Öffentlich-rechtliche Medien müssen nicht nur einem technologiegetriebenen Veränderungsdruck entsprechen, sondern auch der massiven Kritik standhalten, mit denen sie in der politischen Arena

konfrontiert werden. Vor allem rechtspopulistische Parteien greifen europaweit öffentlich-rechtliche Medien an: Während in England, Frankreich und Deutschland, aber auch in Österreich die massiven Attacken noch als Forderungen und Ankündigungen zum Ausdruck kommen, haben die rechtsnationalistischen Regierungen in Polen (vor den Wahlen im Oktober 2023) und Ungarn, die eine sogenannte „illiberale Demokratie“ anstreben, bereits Fakten geschaffen und den bestehenden nationalen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vereinnahmt und seine Unabhängigkeit ad absurdum geführt. Politische Unabhängigkeit als unabdingbare Verpflichtung für Medien, die sich als Teil der Vierten Gewalt in der Demokratie verstehen, um Regierung und Wirtschaft zu kontrollieren, ist aber auch in Österreich ein Thema: Einem Urteil des österreichischen Verfassungsgerichtshofes folgend ist der Gesetzgeber derzeit angehalten, neue Bestimmungen zu erlassen, die den Einfluss der Regierung auf die Aufsichtsgremien des ORF verringern. Der Streit um den „langen Arm“ der Parteien beschäftigt demnach 60 Jahre nach dem „Rundfunkvolksbegehren“, das den ORF aus dem Einflussbereich der Parteien zu befreien versucht hat, nach wie vor die österreichische Medienpolitik.

Der Streit um den „langen Arm“ der Parteien beschäftigt 60 Jahre nach dem „Rundfunkvolksbegehren“ nach wie vor die österreichische Medienpolitik.

Diese Konfliktlinie betrifft unmittelbar auch die ORF Journalist:innen, die sich nicht zuletzt durch eine sehr konsequente und konfliktbereite Redaktionsvertretung gegen jede Intervention zu wehren verstehen und das auch immer wieder unter Beweis stellen. Mindestens genauso nachhaltig wirkt sich eine andere Entwicklung auf den ORF aus: Die mittlerweile seit vielen Jahren ebenso konsequenten wie restriktiven Sparprogramme haben dazu geführt, dass der ORF seit 2007 insgesamt 900 Planstellen abgebaut hat, d. h. seinen Personalstand um 20 Prozent verringert hat. Das (und strukturelle Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe) führt angesichts der gleichzeitig stattgefundenen Ausweitung seines Programmangebotes, der Einführung von zwei neuen Spartenkanälen (ORF III und SPORTplus, ab 2024 ein eigenes Online-Angebot für Kinder und junge Menschen), der Inbetriebnahme des multimedialen Newsrooms sowie der Fortführung aller bestehenden Leistungen des ORF, wie etwa dem Radiosymphonieorchester und den neun ORF Landesstudios, zu erheblichen Mehrbelastungen für alle Mitarbeiter:innen. Darüber hinaus wurde im Zuge der Verhandlungen zur ORF Digitalnovelle ein zusätzliches Sparvolumen von insgesamt 325 Millionen Euro für den ORF festgesetzt, das

zurzeit umgesetzt werden muss. Wie die skizzierten neuen Aufgaben, die sich durch das neue ORF-Gesetz ergeben, bei gleichzeitiger nochmaliger Reduktion von Personal und Finanzmitteln zu erfüllen sein werden, bleibt abzuwarten.

Ausblick

2024 und die folgenden Jahre werden für den ORF daher zur einer Bewährungsprobe der besonderen Art: Zum einen wird der Legitimationsdruck erwartbar noch stärker. Der ORF muss daher in der Lage sein, seine öffentliche Finanzierung offen und transparent zu rechtfertigen. Dazu ist es erforderlich seine Unabhängigkeit gegenüber Regierung und Wirtschaft zu behaupten und zugleich seinen Public Value, d.h. seine Rolle für Gesellschaft und Demokratie, seinen Wert und Nutzen für Mediennutzer:innen unter Beweis zu stellen und in nachvollziehbarer Weise sichtbar zu machen. Sein öffentlich-rechtlicher Auftrag und die sich daraus ergebende – von kommerziellen Medien unterscheidbare – Medienqualität könnten jedoch zu einer historischen Chance für ihn werden. In einer Welt, die von globalen Krisen, von Kriegen und sozialen Spannungen erschüttert wird, schaffen Medien, die öffentlich beauftragt und öffentlich kontrolliert werden, jene Sicherheit, die durch Vertrauensverlust und Zukunftsangst verloren geht.

Daher muss der ORF in den nächsten Jahren zugleich standhalten und in Bewegung bleiben, Kurs halten und neue Wege finden, um sein Publikum zu erreichen. Das betrifft insbesondere die digitale Transformation, die nicht – wie bisher – begrenzt auf nationalstaatlicher Ebene, sondern in europäischer und internationaler Dimension gedacht und gestaltet werden muss. Öffentlich-rechtliche Medien sind dabei prädestiniert, das Internet

Öffentlich-rechtliche Medien könnten das Internet wieder zu jenem „Möglichkeitsraum“ machen, der seine euphorischen Anfangsjahre geprägt hat.

nicht nur markt-, sondern vielmehr demokratiekompatibel zu gestalten. Sie erfüllen bereits jetzt exakt jene Kriterien, deren Fehlen wir an den globalen Datenkonzernen kritisieren: Sie sind öffentlich beauftragt, durch öffentliche Finanzierung nicht von Renditeerwartungen abhängig und – wohl am wichtigsten – öffentlich kontrolliert. Sie könnten daher auch das Internet wieder zu jenem „Möglichkeitsraum“ machen, der seine euphorischen Anfangsjahre geprägt hat.

Dass die Zukunft längst begonnen hat, muss daher trotz Krisen, Krieg und Klimanotstand nicht deprimieren. Öffentlich-rechtliche Medien wie der ORF könnten Teil einer Renais-

sance des Gemeinwohls werden, einer Vision einer Gesellschaft, die Krisen gemeinschaftlich bewältigen kann, die sozialen Ausgleich, eine gewaltfreie Konfliktaustragung und Verständigung unter demokratischen Rahmenbedingungen möglich macht. Massenmedien können Menschen – als Bürger:innen, nicht nur als Konsument:innen – verbinden, wenn sie nicht von oligarchischen oder plutokratischen Strukturen beherrscht und missbraucht werden. Sie können – im historischen Kontext der Aufklärung – für Menschen nützlich sein. Mit eigener, mit künstlicher und nicht zuletzt mit demokratischer Intelligenz.